

GdP gratuliert dem Bund

Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ist im Bund geschafft

Loth: „Wir freuen uns aufrichtig für die Kolleginnen und Kollegen im Bund. Dort werden die Belastungen des Polizeiberufs gesehen und reagiert. So stellen wir es uns auch für Rheinland-Pfalz vor. Ihnen kommen unsere Forderungen bekannt vor? Uns auch. Das liegt daran, dass sich die Landesregierung in Mainz nicht auf uns zubewegt.“

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert seit Jahren, die Erhöhung auf 200€ und Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage. Zuletzt hatte das Land Niedersachsen im April dieses Jahres eine deutliche Erhöhung der Polizei- und Feuerwehrezulage umgesetzt. Weiter haben eine bessere Polizeizulage die Länder: Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Bayern, der Bund und zuletzt hatte Brandenburg im Oktober verkündet, die Zulage anzuheben und die Ruhegehaltsfähigkeit zu prüfen. Ruhegehaltsfähig ist die Zulage in: Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Schleswig-Holstein und nun beim Bund. Im Bund bekommt künftig jede Polizistin und jeder Polizist 160€ monatlich im Ruhestand, das ist ein gutes Stück mehr als die im Dienst aktiven Polizistinnen und Polizisten in Rheinland-Pfalz, hier beträgt die Zulage 132,69€.

Wir bleiben als Gewerkschaft der Polizei dabei, dass die Besoldungs- und Zulagenstrukturen der Länder und des Bundes seit der Föderalismusreform 2006 kaum noch vergleichbar sind, dazu haben aber nicht die Gewerkschaften beigetragen, im Gegenteil, wir fordern, dass sich das wieder ändert, sondern das haben sich die Landesregierungen und die Bundesregierung selbst so ausgesucht.

„Hier ist ein schlecht durchschaubare Dschungel entstanden und wir haben es satt, das Nachsehen zu haben und seitens Landesregierung immer die Länder als Gegenargumente vor Augen gehalten zu bekommen, die in einzelnen Besoldungs- oder Zulagenaspekten schlechter dastehen. Wir fordern als Gewerkschaft der Polizei die Erhöhung auf 200€ und Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage für Rheinland-Pfalz, weil wir die Attraktivität in Rheinland-Pfalz steigern müssen“, wiederholt die stellvertretende Landesvorsitzende Stefanie Loth heute in Mainz.

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ist die mit Abstand größte Interessenvertretung der Polizeibesetzten in Rheinland-Pfalz. Sie engagiert sich für ihre landesweit rund 10.000 Mitglieder, für die Zukunftsfähigkeit der gesamten Polizei sowie auf dem Gebiet der Gesellschaftspolitik.

Bei Rückfragen steht Ihnen unsere stellv. Vorsitzende Steffi Loth gerne zur Verfügung:

E-Mail: steffi.loth@gdp-rlp.de

Mobil: 0170/6822042



**Gewerkschaft
der Polizei**

Leidenschaft für mehr!